

Haushaltsrede 2012

Vor einigen Jahren erzählte ich einem Ratkollegen, dass in der grünen Fraktion drei von 12 Mitgliedern die äußerst seltene Blutgruppe null negativ hätten, und er antwortete darauf: "Typisch Grün ! Zu allem immer nur nein!"

Nun hat er damit ein Vorurteil kolportiert, dass aber nie den Kern der Dinge getroffen hat. Als wir 1989 bis 1992 Teil einer Ampelkoalition waren, haben wir vielem sehr wohl zugestimmt, aber nur dann, wenn Nachhaltigkeitsstrukturen in den Beschlussvorlagen erkennbar waren. In dieser Zeit ist - mit unserer Zustimmung das Radwegenetz massiv ausgebaut worden, ist eine nachhaltige Abfall- und Abwasserwirtschaft entstanden, meist gegen die Stimmen der damaligen Opposition CDU. Auch der Ausbau der Bildungseinrichtungen ging damals - mit unseren Stimmen - massiv voran, und die Kulturlandschaft haben wir ebenfalls mit verändert. Villa Zanders und VHS-Gebäude zeugen noch heute davon.

Der vorliegende Haushalt ist nicht unser Traumhaushalt, aber er enthält positive Ansätze, die wir fördern wollen.

1. Es wird ein neuer FNP mit HH-Mitteln auf den Weg gebracht, den wir dringend gebrauchen und in den wichtige Voruntersuchungen zum Biotopverbund, zur Gewässersanierung, zur Lufthygiene, zum Bioklimes und zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung eingehen werden, die alle im ISEK-Konzept formuliert sind, auch wenn dort nicht alles in unserem Verständnis einer nachhaltigen Stadtentwicklung optimal geregelt ist. Aber es sind gute Ansätze erkennbar, und an deren Weiterentwicklung werden wir mitarbeiten.
2. Wir haben in Verhandlungen erreicht, dass das Radwegenetz in der Innenstadt, das zu Ampelzeiten begonnen wurde, dann aber 20 Jahre lang nicht weiter entwickelt wurde, endlich geschlossen wird und als Spinne im Netz die lange geplante Fahrradstation am S-Bahnhof entsteht.
3. Die Erhöhung der Mittel für die Armutsbekämpfung in zwei Schritten war uns ebenfalls wichtig. Dies ist mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf vollzogen, weil Mittel in Höhe von 15.000 € in 2012

und 60.000 € in 2013 für eine Neuauflage des Löwenpasses zur Verfügung stehen. Auch hier knüpft eine Ratsmehrheit endlich wieder an ein erfolgreiches Modell aus Ampelzeiten an.

4. In den nächsten 16 Jahren bis 2027 werden die städtischen Gewässer nach der EU-WRR mit insgesamt 2,2 Mio € renaturiert. Die Mittel auch dafür stehen im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung.
5. Das Projekt Regionale 2010 wird weiter geführt. Auch hier sehen wir als Grüne Fortschritte in der nachhaltigen Siedlungsentwicklung, auch wenn uns der Zweite Preisträger mit seiner wesentlich ökologischeren Ausrichtung viel besser gefallen hat. Nur haben sich hier die Architekten-Fuzzis mit ihrer städtebaulichen Ausrichtung leider durchgesetzt.
6. Der Haushaltsentwurf enthält die personellen und finanziellen Mittel zur Erstellung eines Lärminderungsplanes laut EU-Richtlinie. Der Lärm ist eine der großen Geißeln unserer modernen Stadt-Zivilisation. Hier muss etwas geschehen, um gesundes Leben für etwa 15.000 Betroffene in unserer Stadt wieder möglich zu machen.
7. Die Aufstockung des Personals in der Jugend- und Familienhilfe sowie im Brandschutz sichert ein verbessertes Niveau in beiden Bereichen.

Die problematischen Fakten zum Doppelhaushalt 2012 / 2013 und zum HSK sind aber dennoch nicht zu übersehen:

1. Das strukturelle Defizit der nächsten 5 Jahre liegt immer noch deutlich über 10 Mio €. Hier kommen 62,8 Mio € an strukturellem Defizit und ca. 25 Mio € an neuen Kassenkrediten zu unserem ohnehin hohen Berg von mehr als 100 Mio € hinzu.
Dies bedeutet, dass es eine viel mutigere Kombination von erstens Sparen, zweitens der Nutzung von Einnahmepotenzialen im Bereich unternehmerischer Tätigkeit und drittens einer Erhöhung der Einnahmen geben muss, als das im Haushaltsentwurf und im HSK bisher erkennbar ist. Ich erinnere an die Diskussionen in Rösrath zu diesem Thema.
2. Einsparungen sind nach Ansicht der Grünen nur möglich, wenn massiv bei bestehenden Infrastruktur-Einrichtungen und Infrastruktur-Plänen der Rotstift angesetzt wird. Wie schwer das aber bei bestehenden

Einrichtungen ist, machte die Auseinandersetzung um den Schulstandort NCG deutlich.

Ich gebe zu, dass auf den ersten Blick der Gedanke, fast eine Million im Jahr an Unterhaltungskosten einsparen zu können, auch mich anfangs gereizt hat. Doch je länger und intensiver wir uns in der Fraktion mit den Fakten beschäftigt haben, umso mehr schwand der Gedanke an die Sinnhaftigkeit und die Realisierbarkeit dieser Lösung.

Hauptargumente waren dabei die zukünftigen Vorgaben Ganztags, Inklusion und Sekundarschule, die sämtliche Kalkulationen über möglicherweise zu viele Schulklassen in Frage stellen. Wir bezweifeln dabei gar nicht unbedingt die Prognosen über die zu erwartenden SchülerInnenzahlen. Aber der Anspruch an die Fläche pro SchülerIn wird sich bei einer Reform unseres Bildungsangebotes nach oben bewegen. 8 bis 10 m² pro SchülerIn dürften daher nicht zu hoch gegriffen sein. An meiner derzeitigen Dienststelle am DBG sind es etwa 6 m². Am NCG hingegen stimmen notwendige Fläche pro Schüler und vorhandene Fläche überein. Es dürfte also nicht nur sinnvoll sein, die vorhandenen Flächen zu erhalten, wir stehen sogar vor Erweiterungen an den Schulgebäuden, wo die notwendige Fläche pro SchülerIn noch nicht erreicht ist.

Warum eine so scheinbar opulente Ausstattung bei den Schulen, die unseres Erachtens auch die Zuwendungen für die Bibliotheken betrifft? Weil wir eine sehr attraktive Wohnstadt für den Ballungsraum Köln-Leverkusen sind - und kein attraktiver Industriestandort!

Wir müssen uns über die so genannten "weichen" Standortfaktoren profilieren, wie Wohnwert, Freizeitwert und Bildungswert. Geben wir dieses Profil auf, ohne gleichwertigen Ersatz in anderen Profildbereichen zu gewinnen, den wir nicht erkennen können, werden wir verlieren und nicht gewinnen.

Wir müssen daher anders sparen:

Damit meinen wir Straßenbauprojekte, wie z. B. den Autobahnanschluss. Rechnet man mit den jährlichen Folgekosten von ca. 10 % der Investitionskosten von ca. 150 Mio € - und summiert die Zinseszinsseffekte, so kommt man bei der Bahndammstraße binnen 40 Jahren auf Gesamtkosten von ca. einer Milliarde €. Hinzu kommen für unsere BürgerInnen die Umwegkosten gegenüber der bisherigen Route durch Refrath von ca. 800 Mio €.

Damit meinen wir die kompletten Planungs- und Baukosten des Kreisels im Osten der Innenstadt, der ca 6,5 Mio € kosten würde und an dem aus

uns völlig unklaren Gründen die SPD und Teile der CDU immer noch hängen.

Damit meinen wir die kompletten Kosten der Erweiterung der Tiefgarage Bergischer Löwe, die derzeit auf ca. 2 Mio € geschätzt werden, also 30.000€ pro Parkplatz.

Damit meinen wir aus dem Regionale-2012-Projekt den Stadtboulevard, der nicht nur viel kosten würde, sondern der auch den Verkehrslärm weit in die alten und neuen Parkanlagen an der offenen Strunde hinein lassen würde. Zudem würde er das historisch und funktional wichtige Ensemble mit den Gebäuden Heuser und Quirl's im Osten der Innenstadt zerstören.

Wollen wir nicht an die Einrichtungen der Kultur, der Schulen, der Jugend, der Senioren und des Sports gehen, da uns das Profil der Stadt in diesen Bereichen zu sehr am Herzen liegt, werden wir also bei den Straßen und Parkhäusern zurückhaltend sein müssen. Wenn wir die vorhandenen Straßen in Zukunft wenigstens erhalten wollen, haben wir finanziell genug zu tun. Ich erinnere daran, dass die Entwässerungsgebühr sich binnen 15 Jahren wahrscheinlich verdoppeln wird, was alleine für die Entwässerung der Straßenflächen Mehrkosten für den städtischen Haushalt von ca. 4 Mio € im Jahr erzeugen wird.

3. Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit sind ab ca. 2013 bei der AÖR im Bereich Grundstückswirtschaft möglich. und ab 2015 im Bereich Energieversorgung.

Der Geld-Hunger in 2012 lässt sich so kaum stillen, und auch die zukünftigen Einnahmen sind nur geschätzt und nicht gesichert.

Wir hoffen dabei, dass ab 2015 über die Einbringung der Kulturbetriebe in eine Stadtwerke Gesellschaft eine Entlastung des Kernhaushaltes um etwa 4,5 Mio € möglich sein wird. Das könnte es uns dann erlauben, die Kostenmieten für die städtischen Gebäude auf das nachhaltige Maß anzuheben, damit dieser Betrieb dann den Sanierungsstau an Verwaltungs- und Schulgebäuden zügig beheben kann. Dieser Weg würde damit wiederum die langfristige Schuldenaufnahme im FB 8 und somit die des Kernhaushaltes senken.

4. Mehreinnahmen im Kernhaushalt werden durch stärker sprudelnde Steuern in den nächsten Jahren erhofft. Bei der Grundsteuer B durch ein Auffüllen der Siedlungslücken durch neue Häuser und bei der

Gewerbsteuer durch eine blühende Konjunktur und durch neue Gewerbeflächen.

Bei der Ausweitung der bebauten Siedlungsflächen müssen wir aber wissen, dass das endlich ist und dass dieser Weg Probleme bei der Vermarktung von Altimmobilien erzeugt. Aus diesem Grund warnen die Banken uns mittlerweile davor, zu viele neue Wohnbauflächen auszuweisen. Zudem kann man niemanden zwingen, Baulücken auch zu bebauen. Sicher sind Mehreinnahmen aus der Grundsteuer daher nicht.

Bei den neuen Gewerbegebieten zeigt schon das erste Beispiel Gewerbegebiet Lustheide, dass das kein einfacher und aller Wahrscheinlichkeit nach gar kein gangbarer Weg ist. Wir werden daher einem Gewerbegebiet Lustheide nicht zustimmen und auch nicht einem an der Brüderstraße, wo ähnliche Probleme mit der angrenzenden Wohnbebauung bestehen.

Die Füllung der Siedlungslücke zwischen Moitzfeld und Herkenrath durch Gewerbegebäude haben wir schon vor Jahren abgelehnt. Die Gründung einer Bürgerinitiative Voisslöhe in den letzten Tagen zeigt, dass wir dort mit den gleichen Widerständen zu rechnen haben wie entlang der A 4.

Immerhin ist es ja denkbar, dass wir ja wohl auf 5 bis 10 ha Gelände im Stadtkern und auf die Flächen nördlich des S-Bahnhofes zurück greifen können, so dass wir dort statt eines international arbeitenden Betriebes mit Abschreibungsmentalität und mit Gewinnverschiebung nach Lichtenstein oder ähnliche Steueroasen - und somit ohne Gewerbesteuern für Bergisch Gladbach - kleinere lokal verankerte Betriebe mit Gewinnen in Deutschland und somit mit Gewerbesteuerzahlungen in Bergisch Gladbach erhoffen können.

Für produzierende Industriebetriebe sind diese Flächen uninteressant, nicht aber für eine Mischung aus Bildung, Wohnen, Forschung und Entwicklung und nicht störenden Betrieben der Produktion und für Dienstleister. Bei denen spielt heute ein S-Bahn-Anschluss eine größere Rolle als eine optimale Straßenanbindung. In keinem Fall dürfen das weitere Einzelhandelsflächen werden, auch wenn das den Grundeigner durch höhere Grundstückspreise sicher besser gefiele.

Höhere Einnahmen bei den Gewerbesteuern sind daher möglich, aber nur wenn wir sehr intelligent planen. Ein weiteres Beispiel möchte ich nennen: ein einziger kleiner Bürger-Windpark bringt Steuereinnahmen von ca. 130.000 € im Jahr, wie uns vor einigen Tagen im Sauerland erklärt wurde, wo eine solche Anlage seit 2006 betrieben wird.

5. Bleibt das Thema Anhebung der Steuersätze, die wir beeinflussen können. Laut den städtischen Unterlagen, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen von der Stadt erhalten haben, geht es dabei um eine Erhöhung der Grundsteuer um 10 %-Punkte, was ca. 0,4 Mio € einbrächte, zweitens um eine Erhöhung der Gewerbesteuer um etwa 10 %-Punkte, was ca. 0,7 Mio € einbrächte, drittens um eine Einführung einer Hotelsteuer im Umfang von ca. 0,7 Mio € und viertens um eine Zweitwohnungssteuer, die ca. 150.000 € einbrächte.

Solche Anhebungen sind zwar in allen Fraktionen umstritten aber m. E. mutig und ehrlich, da über diese Schocktherapie bereits ab 2016 keine neuen Kassenkredite erforderlich wären und bereits ab 2020 ein bilanzieller Ausgleich der Stadtfinanzen möglich wäre.

Hat eine Mehrheit in den Fraktionen und im Rat den Mut dazu ? Ich sehe diese Mehrheit nicht. Denn Grundsteuern belasten wohlhabendere Hausbesitzer in allen Fraktionen bis zu 20-mal so stark wie ärmere Mieter - und das passt den Hauseigentümern im Rat einfach nicht. Vor allem denen nicht, die darüber hinaus den Tiefflug von Franz-Heinrich Krey als Vertreter von Haus und Grund durch ihre Fraktionen mehr fürchten als der Teufel das Weihwasser.

Das DIW hat vor einigen Monaten ein Konzept zur Sanierung der staatlichen Finanzen im Umfang von ca. 40 Mrd. Euro vorgestellt. Es enthielt auch eine Anhebung der Grundsteuern, für die wir zuständig sind. Möglich wäre eine Sanierung der staatlichen Finanzen also, nur gibt es dafür in den Parlamenten keine mutigen Mehrheiten !

6. Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt, dass auch in Bergisch Gladbach eine Ratsmehrheit, zu der auch die SPD gehört, den Kombinationsweg einer zügigen Haushaltssanierung nicht gehen will.

Bei ca. 110.000 Einwohnern und einem Sanierungsbedarf von 11 Mio € wären das pro Jahr und pro BürgerIn nur ca. ca. 100 € im Jahr oder ca. 8 € im Monat, wovon die gewerbliche Wirtschaft wiederum etwa 30 % trüge. Restbelastung: ca. 6,00 € pro Person und Monat im privaten Bereich, noch dazu gestaffelt nach der Höhe der Vermögen, also sehr sozial.

7. Und noch etwas ist dabei erwähnenswert: unser Vorbild würde es den Umlandgemeinden Kürten, Overath und anderen erleichtern, ebenfalls die notwendigen Schritte zur Haushaltssanierung zu vollziehen. Die müssen nämlich, um die Sonderfördermittel der Landesregierung zu erhalten, mit den Grundsteuersätzen viel massiver als wir auf fast 500 %-Punkte hoch gehen.

mit mehr als 100.000 Einwohnern in NRW. Bei der Gewerbesteuer ist es ähnlich.

8. Wir würden zudem durch eine mutige Sanierung unseres Haushaltes vermeiden, unseren Triple-A- Zustand der Kreditwürdigkeit bei den Kreditgebern zu verlieren. Wer glaubt, das seien Spinnereien, der sollte sich einmal mit den Vertretern unserer traditionellen Kreditgeber unterhalten. Da gibt es nämlich mittlerweile Kreditobergrenzen auch für uns, und wenn es nicht andere Banken gäbe, die aushelfen, stünden wir sehr schnell vor einer Finanzklemme.
9. Über den Antrag im Finanzausschuss sind noch mehrere Vorschläge von CDU und FDP hinzugekommen, die uns Probleme verursachen. Wir wollen weder eine Reduktion des Personals der Gleichstellungsstelle, weil das nun gar nicht in die politische Landschaft passt, noch wollen wir das Personal im Denkmalschutz verringern, weil wir die erhaltenswerte Bausubstanz schützen wollen und nicht - wie beim Haus Kradepohl geschehen und bei den Häusern Om Schlöm und Watsack zu befürchten ist - einen Abriss fördern wollen. Denn eine attraktive Wohnstadt braucht eine attraktive Bausubstanz. Und wir können nicht erkennen, warum man erst einen Dienstleistungsvertrag für Grundstücksgeschäfte der Stadt mit der AÖR abschließt und sie dann auf den dafür notwendigen Personalkosten sitzen lassen soll.

Meine Damen und Herren. Eine nachhaltige Gestaltung des Doppelhaushaltes 2012/2013 wäre möglich. Auch könnte ein HSK bis 2020 zum Haushaltsausgleich führen, auch ohne in sensiblen Bereichen einen Kahlschlag zu erzeugen. Ich denke aber, dass wir nach dem Bürgerbegehren und einem eventuellen Bürgerentscheid über die Schulsanierungen ohnehin im Herbst wieder über einen Nachtragshaushalt zusammen sitzen werden.

In meiner Fraktion hat die Diskussion um Zustimmung oder Ablehnung bis heute angehalten. Es wird einige Ja-Stimmen und einige Enthaltungen geben.

Damit erkennen wir positive Ansätze wie die Zweitwohnungssteuer, die Radstation, den Löwenpass und den weitgehenden Erhalt der Schulbibliotheken an, wollen aber auch zu mehr Nachhaltigkeit mahnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. G. Ziffus

